

Ergebnisprotokoll

14. Sitzung IT-Planungsrat

<u>Datum:</u> 10. Juli 2014	<u>Ort:</u> Berlin, Bundesministerium des Innern	<u>Uhrzeit:</u> 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr
<u>Leitung:</u> <div style="background-color: black; width: 100%; height: 1.2em; margin-top: 5px;"></div>	<u>Sitzungsunterlagen:</u> <ul style="list-style-type: none"> Finale Tagesordnung Teilnehmerliste White-Paper Rheinland-Pfalz „Alternativen zum neuen Personalausweis“ (TOP 2) Präsentation zu TOP 23 	

Kategorie A: Einführung

TOP 1	Begrüßung
--------------	------------------

Die Vorsitzende des IT-Planungsrats, [REDACTED] begrüßt die Mitglieder des IT-Planungsrats zur 14. Sitzung.

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit wird der vorgelegte Entwurf des Ergebnisprotokolls der 13. Sitzung mit den hierzu vorab eingebrachten Änderungen bestätigt.

Ergänzungen zur vorab versandten Tagesordnung werden nicht vorgenommen.

Kategorie B: Schwerpunktthemen**TOP 2****Programm Digitale Verwaltung 2020**

█ weist auf den Beschluss der Besprechung Chef BK mit den CdS hin, der den IT-Planungsrat beauftragt, die Umsetzung des E-Government-Gesetzes des Bundes aktiv zu begleiten und insbesondere Vorschläge für geeignete Umsetzungsprojekte im föderalen Kontext zu unterbreiten.

Der aktuelle Bericht zum EU-Benchmarking unterstreiche, dass es im E-Government in Deutschland Handlungsbedarf gebe. Hier sei auch der IT-Planungsrat gefordert.

Die Bundesregierung habe sich im Koalitionsvertrag ein bürgerfreundliches „Digitales Deutschland“ zum Ziel gesetzt. Mit dem Regierungsprogramm „Digitale Verwaltung 2020“ leiste die Verwaltung ihren Beitrag hierzu. Ein wesentliches Anliegen des Programms sei es, die Zusammenarbeit mit den Ländern und den Fachministerkonferenzen auszubauen.

Bislang seien zwei konkrete Vorschläge im föderalen Kontext eingegangen:

Die Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) hat im Juni 2014 beschlossen, ein Projekt zur künftigen Ausrichtung des Einheitlichen Ansprechpartners (EA 2.0) innerhalb einer unternehmensfreundlichen Verwaltung durchzuführen, das in Kooperation mit den E-Government-Ressorts in Bund und Ländern durchgeführt werden solle. Die WMK bitte daher die für E-Government zuständigen Ressorts in Bund und Ländern um ihre Unterstützung. Sie bitte außerdem den IT-Planungsrat, das Projekt als Koordinierungsprojekt zu unterstützen und ein Mitglied des IT-Planungsrats zur Mitwirkung im Lenkungsausschuss des Projekts zu benennen.

█ begrüßt diesen Antrag und dankt █ für die Bereitschaft des Landes Hessen, das Projekt als Co-Federführer zu unterstützen. Mitglieder des IT-Planungsrats, die Interesse an einer Mitarbeit im Lenkungsausschuss des Projekts haben, werden gebeten, dies gegenüber der Geschäftsstelle zu signalisieren.

Sachsen und Rheinland-Pfalz haben außerdem gemeinsam vorgeschlagen, das Standardisierungsvorhaben zum Austausch von Akten, Vorgängen und Dokumenten im Programm „Digitale Verwaltung 2020“ zu verankern.

[REDACTED]

[REDACTED] bittet darum, weitere Projekte für eine föderale Umsetzung vorzuschlagen, vor allem solche, die der Lebenslagen-Philosophie des EU-Benchmarkings folgen.

[REDACTED] weist auf die gewachsene Bedeutung des Mobile-Government hin. Das Thema sei bislang im IT-Planungsrat nicht präsent genug. Nutzungsmöglichkeiten des neuen Personalausweises mit mobilen Endgeräten z.B. per NFC (Near Field Communication) könnten dessen Akzeptanz fördern. Bislang gebe es aber kaum Geräte / Software dafür.

[REDACTED] unterstützt die genannten Projektvorschläge und weist auf ein Gesprächsforum mit dem BSI hin. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern des BSI, des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz und der kommunalen Spitzenverbände des Landes Rheinland-Pfalz habe die Arbeit aufgenommen mit dem Ziel, eine aus dem Personalausweis abgeleitete sichere mobile Signatur zu schaffen um damit Government-Kontakte mobilfähig zu machen. Hier bestünden insbesondere rechtliche Herausforderungen. Als Diskussionsgrundlage wurde zunächst ein White Paper „Alternativen zum neuen Personalausweis“ (siehe Anlage) erstellt. Sobald weitere Erkenntnisse vorliegen, bietet [REDACTED] an, im IT-Planungsrat hierzu zu berichten.

Auf Nachfrage von [REDACTED] erläutert [REDACTED] dass das Whitepaper auch auf den österreichischen Erfahrungen basiere.

[REDACTED]

TOP 3	Digitale Agenda für Deutschland
--------------	--

[REDACTED] erläutert die aktuellen Aktivitäten der Bundesregierung. Die mit der Aufstellung der Agenda betrauten Ministerien BMWi, BMVI und BMI haben einen ca. 30-seitigen Entwurfstext erarbeitet, der die bekannten Handlungsfelder präzisiert. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED] weist auf die Bedeutung der föderalen Kooperation in den Handlungsfeldern hin. Es sei wesentlich, dass der IT-Planungsrat (auch im Dialog mit den Fachministerkonferenzen) die Digitale Agenda begleite.

[REDACTED] lädt die Mitglieder des IT-Planungsrats ein, kurzfristig Ideen und Hinweise für die Umsetzung der Handlungsfelder der Digitalen Agenda mitzuteilen.

[REDACTED] verweist auf sein Schreiben vom 9. Juli 2014 und fordert eine intensivere Einbindung von Ländern und Kommunen in den Abstimmungsprozess. Dieser Forderung schließen sich [REDACTED] und [REDACTED] ausdrücklich an.

[REDACTED]

TOP 4	Föderale IT-Kooperation (FITKO)
-------	---------------------------------

[REDACTED]

[REDACTED]

[Redacted text block]

Kategorie C: Informationssicherheit

TOP 5

Umsetzung der Leitlinie Informationssicherheit in den Kommunen

[Redacted content]

Kategorie E: Grundlagen des IT-Planungsrats
TOP 12
Erfahrungsbericht CeBIT 2014

[REDACTED] dankt den Mitgliedern des IT-Planungsrats, die beim Gemeinschaftsstand auf der CeBIT 2014 mitgewirkt haben und bittet um die Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Beschluss 2014/17

1. Der IT-Planungsrat beschließt, an der CeBIT 2015 in einem vergleichbaren Auftritt wie 2014 teilzunehmen. Die Finanzierung erfolgt aus Restmitteln des Jahres 2013.
2. Der IT-Planungsrat bittet den AK CeBIT die Umsetzung wie 2014 durchzuführen.
3. Der IT-Planungsrat bittet den AK CeBIT und die AG Kommunikationskonzept, eine Konzeption einschließlich Finanzierungsvorschlag für eine Fortführung der CeBIT-Auftritte in den Jahren 2016 ff zu erstellen und dem IT-Planungsrat zur 15. Sitzung vorzulegen.

Veröffentlichung der Entscheidung:

Ja

X

Nein

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 15
Zusammenarbeit mit der Wissenschaft

[REDACTED] hebt im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit zwischen dem IT-Planungsrat und der Forschung die Bedeutung des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ) und des Kompetenzzentrums für Öffentliche IT (ÖfIT) bei Fraunhofer FOKUS hervor. Mit wissenschaftlichen Erkenntnissen ließe sich E-Government angepasst an die gesellschaftlichen Entwicklungen vorantreiben. Er erinnert an den beim Fachkongress von [REDACTED] [REDACTED] eingebrachten Vorschlag, eine Art wissenschaftlichen Beirat zur Unterstützung des IT-Planungsrats einzurichten. Er schlägt vor, bei der nächsten Sitzung je einen Vertreter von NEGZ und ÖfIT einzuladen, um die Zusammenarbeit zu erörtern.

[REDACTED] sagt zu, den Vorschlag in einer der nächsten Sitzungen zu berücksichtigen.

Kategorien F: Grüne Liste (Ohne Aussprache)

TOP 6	Richtlinie öffentliche Aufträge in der Cloud			
Beschluss 2014/12				
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Sachstandsbericht mit dem Entwurfspapier für eine Richtlinienempfehlung zur Kenntnis. 2. Er bittet den Bund und die Länder Rheinland-Pfalz und Mecklenburg Vorpommern, hierzu unter Berücksichtigung der Beschlussfassung in der 13. Sitzung zur 15. Sitzung erneut zu berichten.				
Veröffentlichung der Entscheidung:		Ja	X	Nein

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 7	Anwendung „Behördennummer 115“			
Beschluss 2014/13				
Der IT-Planungsrat stimmt der vom Lenkungsausschuss 115 vorgelegten Finanzierungsplanung für 2016 (Anlage 1) zu. Die Finanzierung steht unter Haushaltsvorbehalt.				
Veröffentlichung der Entscheidung:		Ja	X	Nein

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Protokollnotiz Hessen:

Hessen geht bei seiner Zustimmung zu vorliegendem Beschluss davon aus, dass die in der Anlage 1 enthaltene Fußnote 2, letzter Anstrich „*Der Beitritt eines weiteren Landes über die ersten zehn Teilnehmerländer hinaus, reduziert ab dem 1. Januar 2015 den Anteil des Bundes entsprechend*“ sowie die Fußnote 3 „*Zielgröße bei Vollbeitritt: Erweiterter Königsteiner Schlüssel 22,68% : 77,32%, wie bei anderen Projekten und Anwendungen des IT-PLR üblich*“ ebenso wie die Tabelle „*Sollzustand: 16 beigetretene Länder*“ nicht Gegenstand des Beschlusses zur Finanzplanung 2016 sind.

Sachsen hat sich während der Sitzung dieser Protokollnotiz angeschlossen.

TOP 9	Finanzierung des Steuerungsprojekts „Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis - DVDV 2.0“			
Beschluss 2014/14				
Der IT-Planungsrat beschließt, dass für das Steuerungsprojekt DVDV 2.0 die für 2014 freigegebenen Haushaltsmittel auf das Haushaltsjahr 2015 übertragen und die darüber hinaus benötigten Mittel in Höhe von 276.406,50 € - unter Haushaltsvorbehalt - zur Verwendung in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 freigegeben werden.				
Veröffentlichung der Entscheidung:		Ja	<input checked="" type="checkbox"/> X	Nein

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 10	Umsetzung von § 3 IT-NetzG für die OSCI-Kommunikation			
Beschluss 2014/15				
Der IT-Planungsrat bittet den Bund als Betreiber des Verbindungsnetzes, in Abstimmung mit dem Arbeitsgremium „Verbindungsnetz“, bis zur 15. Sitzung des IT-Planungsrats konkrete Vorschläge für einen Übergang der vom IT-NetzG betroffenen Kommunikationsbeziehungen auf das Verbindungsnetz vorzulegen. Hierbei sollen insbesondere die Anforderungen formuliert werden, unter denen die OSCI-Intermediäre in bisheriger Form weiter zulässig sind.				

Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	
---	-----------	----------	-------------	--

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Protokollnotiz des Ansprechpartners der Justizministerkonferenz für den IT-Planungsrat, Staatssekretär Dr. Bernhardt (Sachsen):

Die Einbindung der maßgeblich die OSCI-Infrastruktur nutzenden Fachbereiche in die weiteren Abstimmungen erscheint geboten. Das Arbeitsgremium Verbindungsnetz wird gebeten, die Bund-Länderkommission für IT in der Justiz, AG IT-Standards einzubeziehen.

TOP 11	Erprobungsräume als Instrument des IT-Planungsrats			
Beschluss 2014/16				
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht aus Rheinland-Pfalz zur Kenntnis. 2. Der IT-Planungsrat bittet Rheinland-Pfalz in Abstimmung mit der Kooperationsgruppe Strategie das Thema „Erprobungsräume als Instrument des IT-Planungsrats“ bis zur 15. Sitzung mit Bezug zur Weiterentwicklung der Nationalen E-Government-Strategie (NEGS) zu bewerten.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 13	Verteilung der Restmittel aus 2013			
Beschluss 2014/18				
Der IT-Planungsrat beschließt die vorgelegte Planung zur Verwendung der Restmittel 2013				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 14	Kommunikationskonzept des IT-Planungsrats			
Beschluss 2014/19				
Der IT-Planungsrat nimmt das Kommunikationskonzept zur Kenntnis und bittet die AG Kommunikationskonzept, die in der Umsetzungsplanung genannten Maßnahmen des Startpakets in 2014 umzusetzen.				
Veröffentlichung der Entscheidung:	Ja	X	Nein	

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 17	Steuerungsprojekt „Föderales Informationsmanagement (FIM)“			
---------------	---	--	--	--

Protokollnotiz SN:

Die Federführer von FIM werden gebeten, die Arbeiten an der Säule „Prozesse“ in Rahmen des FIM-Gesamtkonzepts ungeachtet der Schwierigkeiten bei der gemeinsamen Finanzierung der Nationalen Prozessbibliothek fortzuführen. Für die gemeinschaftlichen Anstrengungen zum Bürokratieabbau im föderalen Kontext werden Lösungen aus dem Bereich des Prozessmanagements benötigt, die Dokumentation, Vergleich und Diskussion von wesentlichen Informationen ermöglichen. Es

erscheint geboten, die für die NPB errichteten Lösungen im Rahmen von FIM-Gesamt vorrangig einzusetzen.

TOP 18	Steuerungsprojekt „Förderung des Open Government“						
Beschluss 2014/20							
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung GovData zur Kenntnis. 2. Er bittet die Freie und Hansestadt Hamburg, die Geschäfts- und Koordinierungsstelle für die Anwendung GovData zu übernehmen. 3. Der IT-Planungsrat beschließt, GovData ab dem 01.01.2015 als Anwendung gemäß der jeweils geltenden Regelung zum Betrieb und zur Weiterentwicklung der Anwendungen des IT-Planungsrats zu führen.							
Veröffentlichung der Entscheidung:				Ja	<input checked="" type="checkbox"/> X	Nein	<input type="checkbox"/>

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 21	Besetzung des Arbeitsgremiums Verbindungsnetz						
Beschluss 2014/21							
Der IT-Planungsrat besetzt das Arbeitsgremium Verbindungsnetz gemäß § 6 Abs. 2 IT-NetzG mit den Ländern Bayern, Sachsen und Nordrhein-Westfalen.							
Veröffentlichung der Entscheidung:				Ja	<input checked="" type="checkbox"/> X	Nein	<input type="checkbox"/>

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 24	Sonstiges / Nächste Termine
---------------	------------------------------------

[Redacted content]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



Anstehende Termine:

- Gespräch auf St-Ebene zu FITKO: Ende August, Anfang September
- 15. Sitzung: Donnerstag, 16. Oktober, in Berlin

Im Auftrag

Geschäftsstelle IT-Planungsrat

beim Bundesministerium des Innern